

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteinlichtung mit Rücksicht auf die Sonn- und Feiertage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Tagespreis bei Geschäftsabnahme monatlich 20, durch sofortige Bezahlung 15, durch den Monatsende 20, durch die Post bezogen Vierteljährlich 50, durch den Monatsende 30, durch die Post bezogen halbjährlich 100, durch den Monatsende 60, durch die Post bezogen jährlich 200, durch den Monatsende 120. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. In den Feiertagen des Jahres, die durch den Betrieb der Druckerei bedingt sind, wird die Zeitung ohne Rücksicht auf die Zeitungspreise nicht gedruckt.



Interessante 20. für die 6-geschaltene Fernsprechanlage oder deren Raum, Telefon, bis 2-fache Fernsprechanlage 20. Bei Wartung und Instandhaltung der Fernsprechanlage. Die Fernsprechanlagen im öffentlichen Teil (nur von Behörden) die 2-geschaltete Fernsprechanlage 20. Fernsprechanlage für den öffentlichen Teil (nur von Behörden) die 2-geschaltete Fernsprechanlage 20. Fernsprechanlage für den öffentlichen Teil (nur von Behörden) die 2-geschaltete Fernsprechanlage 20.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Jahnke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Rössig, für den Inseratenteil: Arthur Jahnke, beide in Wilsdruff.

Nr. 110

Freitag den 12. Mai 1922.

81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die deutsche Regierung hat der Reparationskommission eine Note mit neuen Vorschlägen zur Regelung der deutschen Zahlungsverpflichtungen überreichen lassen.
- Nach amerikanischen Blättermeldungen soll durch amerikanische Banken eine internationale Anleihe von etwa 5 Milliarden Goldmark für Deutschland aufgebracht werden.
- Die Konferenz von Genua soll zwischen dem 20. und 25. Mai zu Ende gehen. Gegenwärtig schweben in Genua Einigungsverhandlungen mit den Russen unter deutscher und italienischer Vermittlung.
- Italien und England bereiten ein allgemeines politisches und wirtschaftliches Abkommen miteinander vor, durch welches die italienische Stellung am Mittelmeer garantiert werden soll.
- Die Regierung der Vereinigten Staaten ließ erklären, daß die Haltung der Alliierten gegenüber der Sowjetregierung in Genua sich in Übereinstimmung mit der amerikanischen Politik befindet.
- Der Reichstag nahm am Mittwoch seine Sitzungen mit der Beratung des Etats des Verkehrsministeriums wieder auf.
- Im Ruhrgebiet sind Einigungsverhandlungen im Gange, um die Gefahr eines Generalstreiks zu beseitigen.

Lohn und Brot.

Ein volkswirtschaftlicher Mitarbeiter schreibt uns aus Berlin:

Während die neue Beamtenbesoldung, die der Reichsrat mit rückwirkender Kraft vom 1. Mai festsetzen zugestimmt hat, sehr erhebliche Erhöhungen für die Grundgehälter vorsieht, hat der Hauptauschuß des Reichstages sich mit den Möglichkeiten beschäftigt, die Lebenshaltungskosten nach Möglichkeit niedrig zu halten. Die Getreideumlage in ihrer bisherigen Form hat die Brotversorgung aus Inlandsproduktion nicht sicherstellen können, während die Preise auch für das aus der Umlage entstammende Brotgetreide für den Verbraucher sehr bedeutend in die Höhe gegangen sind. Der Reichsernährungsminister Professor Hehr hat sich dafür ausgesprochen, die Sicherstellung von Brotgetreide im Umfange der vorjährigen Erfassung aufrechtzuerhalten, der Hauptauschuß des Reichstages hat indessen einen Zentrumsantrag angenommen, nach dem die Getreideumlage in der bisherigen Form nicht möglich sei, hat sich aber dafür entschieden, zur rechtzeitigen Sicherstellung einer genügenden Brotreserve unter Verbilligung des Brotpreises für Kinderbewirtschafter seine Zustimmung zu geben.

Die Zwangswirtschaft wird also auch in dem Zweige demnächst abgebaut werden, in dem sie zuerst eingeführt wurde. Nach ihrer Rückkehr sehnt sich bei den bürgerlichen Parteien niemand, und Anträge von sozialistischer Seite, sie beim Brotgetreide beizubehalten und auch noch für Kartoffeln eine Umlage vorzuschlagen, sind sowohl von der Regierung wie vom Hauptauschuß abgelehnt worden, wenigstens vom wirtschaftlichen Standpunkt aus. Die Rückkehr in Kartoffeln sowohl wie in Zucker zurückzubringen. Aber man darf sich darüber keine Illusionen hingeben, alle die Schritte, die von der Regierung unternommen werden, können der stetigen Weiterverwertung nicht entgegenwirken. Auch der Hauptauschuß des Preußischen Landtages hat sich mit den ernsten Nahrungsforgen des deutschen Volkes befaßt und dabei festgestellt müssen, daß die Ernteausbeuten wenig günstig sind. Das ist ein Moment für ein weiteres Anwachsen der Preise, das auch ohnehin wegen der weiteren Verschlechterung des deutschen Geldes vorwärtschreitet. Gegenüber der Verteuerung des täglichen Brotes gibt es infolgedessen augenblicklich kein anderes wirksames Mittel, als Lohn- und Gehaltserhöhungen.

Zum erstenmal seit dem Kriege hatte die Reichsregierung den inneren Etat in Einkünfte und Ausgabe ausgeglichen. Jedoch schon, als er dem Reichstage zugehen sollte, hatte man die schwersten Bedenken dagegen, ob die Berechnung für dieses Jahr mit der Wirklichkeit in Übereinstimmung bleiben würde. Reichsfinanzminister Hermes hat zwar erklärt, daß die Einkünfte der Steuern die Schätzungen übertrifften, aber die Milliardenziffern, die dabei genannt wurden, verschwinden gegenüber den Summen, die das Reich zur Erhöhung der Beamtenbesoldung ausgeben muß. Es ist durchaus notwendig, daß die Beamten von ihren Bezügen existieren können, es ist aber volkswirtschaftlich keine erfreuliche Erscheinung, daß die Bezüge in ganz kurzen Fristen um ein Mehrfaches des Friedensjahresgehalts erhöht werden müssen. Man hat sich daran gewöhnt, in den Etats große Milliardensummen zu sehen, man kann die Geldentwertung aber an einem kleinen Beispiel des täglichen Lebens viel besser beurteilen. Wenn man berechnet, daß nach der neuen Gehaltsnorm ein verheirateter Postkassierer mit zwei Kindern vom 1. Mai ab ein Gehalt von jährlich 55 560 Mark erhält, so ist diese Summe nur ein schwacher Trost für den Empfänger, weil in demselben Augenblicke, in dem diese Erhöhung zu wirken beginnt, automatisch sich das ganze Leben um mehr verteuert, als die Gehaltszulage ausmacht.

Das Reich kann diese Mehraufwendungen nicht anders als durch Tarifserhöhungen ausgleichen versuchen, und die allgemeine neue Belastung, die demnach bevorsteht, ist so ungeheuer, daß man die idyllischen Rück-

wirungen auf die Lage der Beamten und sämtlicher Lohnempfänger befürchten muß. Niemand will sich der Besoldungserhöhung widersetzen, aber ein jeder weiß, daß das Reich dadurch nur in um so größere Not hineingerät und daß die Reichsbetriebe um so unproduktiver arbeiten müssen, je mehr für die Beamten aufgewendet werden muß. Die Beamtenbesoldungserhöhung wird aber auch aus einem anderen Grunde zur Gefahr. Jede Tarifserhöhung bringt eine Verkehrsverminderung mit sich und die Verkehrsverminderung macht einen gewissen Prozentsatz der Beamten künftig überflüssig. Bei allen Bemühungen um eine Reorganisation der Reichsbetriebe spielt das Mißverhältnis zwischen Arbeitsbedarf und Arbeitskräften eine große Rolle, und die eigentliche Reorganisation müßte man daher bei der Erzeugung der Nahrungsmittel einleiten lassen. Deshalb erscheinen die darauf abzielenden Maßnahmen als das wirksamere Mittel zur Bekämpfung eines akuten Notstandes, wenngleich auch damit der Geldentwertung noch kein Niegel vorgeschoben ist.

Die neuen Erhöhungen bei der Eisenbahn.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wird sich die Erhöhung der Eisenbahntarife, die am 1. Juni in Kraft treten soll, nicht auf die Tarife für den Fernverkehr von Personen erstrecken. Die bereits angekündigte Erhöhung der Preise im Lokalverkehr wird durchgeführt. Mit Rücksicht auf den Ferienverkehr wird aber keine Erhöhung des Personentarifs im Fernverkehr in diesem Sommer erfolgen. Dagegen wird voraussichtlich die Erhöhung der Gütertarife bereits für den nächsten Monat vorgenommen, weil die Kosten der Kohlenpreiserhöhung vom 20. April und die der Besoldungserhöhung nicht gedeckt sind. Das Ausmaß dieser Tarifierhöhungen steht aber noch nicht fest.

Vor der Anleihe.

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 10. Mai.

Das Reparationsproblem, das in Genua nicht behandelt werden darf, tritt jetzt auf dem Wege der direkten Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission in Paris in ein neues, wahrscheinlich entscheidendes Stadium. Die Parteiführer des Reichstages sind am Dienstag von den Grundzügen einer neuen deutschen Note unterrichtet worden, die heute in Paris überreicht wird und in der das Reparationsproblem grundlegend behandelt wird. Bedeutend ist zunächst, daß die Regierung zwar ihre Bereitwilligkeit zur Balanzierung ihres Etats erneut zum Ausdruck gebracht hat, daß aber andererseits die Forderungen der Reparationskommission nach 20 Milliarden neuer Steuern sowie die von ihr beabsichtigte Einrichtung einer Finanzkontrolle abermals abgelehnt werden.

Neben diesem negativen Teil, der der bisherigen Haltung der deutschen Regierung seit der letzten großen Kanzlerrede entspricht, müssen jedoch auch positive Vorschläge zur Lösung der Zahlungsfrage gemacht werden. Deren Einzelheiten werden bis zur Bekanntgabe des Wortlauts geheimgehalten, doch verspricht man sich auf Grund der wochenlangen Unterhandlungen des Staatssekretärs Bergmann in Paris von diesen Plänen, daß sie eine geeignete Grundlage für die neuen Beratungen abgeben werden, zu denen sich der Finanzminister Hermes selbst voraussichtlich am Freitag nach Paris begeben wird. Man erwartet, daß wir im Einverständnis mit der Reparationskommission zu einer Neuregelung unserer Zahlungen kommen, und daß zunächst besonders durch amerikanische Vermittlung eine internationale Anleihe für uns zustandekommt, welche es ermöglicht die an die Entente abzuführenden Darlehensraten für die nächsten Jahre ohne Aufwendung deutscher Mittel zu zahlen. Die Sachleistungen müssen natürlich dann auch weiterhin von deutschem Gelde bestritten werden. Eine amerikanische Meldung besichert den zu erwartenden Kredit auf fünf Milliarden Goldmark. Der Plan sehe vor, daß die Reparationskommission und alle Länder, die sich an der Anleihe beteiligen würden, Obligationen auf 10 bis 20 Jahre ausgeben, die Deutschland garantieren werde. Deutschland werde den Zinsendienst der Obligationen mit Hilfe von verstärkter Industrietätigkeit und neuen Steuern gewährleisten. Man nehme an, daß die französische Regierung mit dem Plane einverstanden sei.

Eine Anleihe von 5 Milliarden würde den deutschen Bürgern zwar nicht genügen, da wir, um für ausreichend lange Zeit Ktempause zu haben, etwa das Doppelte brauchen. Es scheint für den Augenblick nach neutraler Schätzung aber nicht mehr möglich zu sein. Die Franzosen stellen sich allerdings auch jetzt noch auf den Standpunkt, daß sie auf das von uns verweigerte Kontrollrecht nicht verzichten könnten. Da jedoch, wie verläutet, die deutsche Antwort an die Reparationskommission nach vorheriger Fühlungsnahme mit dem belgischen und dem englischen Mitglied der Reparationskommission abgefaßt worden ist, rechnet man jetzt mehr als vorher damit, daß eine Krise am 31. Mai vermieden werden kann.

Neue Verhandlungen mit den Russen.

Die Deutschen als Vermittler. Die russische Antwort auf das Memorandum der Alliierten ist im Wortlaut immer noch nicht bekannt, aber

man glaubt zu wissen, daß die Russen sämtliche Bestimmungen der Denkschrift mit Ausnahme der Artikel 1 und 7 (Propaganda und Eigentum) annehmen. Sie wünschen außerdem die bedingungslose Zustimmung einer Anleihe von 200 Millionen Pfund zu erhalten. In der englischen und italienischen Delegation scheint man mit einer solchen Antwort durchaus zufriedengestellt zu sein. Man sieht weitere Verhandlungsmöglichkeiten vor sich, und die Gefahr einer Krise ist zunächst beseitigt.

Gleichzeitig hörte man von erfolgreichen Vermittlungsversuchen Schanzers, nicht nur bei den Russen, sondern auch bei den Belgiern, sowie von einer Formel, die gefunden worden sei, und die auch Belgien und Frankreich den Beitritt zu den Vorschlägen im Memorandum gestatten würde. Schanzer erklärte, daß er trotz der gewiß noch kritischen Lage an einem möglichen Ausgleich der Gegensätze zwischen den Russen und den anderen Konferenzteilnehmern glaube. Das Ende der Konferenz sehe er ungefähr für den 20. Mai, spätestens für Monatschluß voraus. Der russische Delegierte Katozki erklärte, daß die Antwortnote der russischen Delegation sich auf durchaus praktischen Bahnen bewege und eine Grundlage für weitere Diskussionen bilden werde. Allerdings müßte die russische Delegation die Forderung Barthous nach einem endgültigen Ja oder Nein ablehnen.

Ein französischer Korrespondent berichtet aus Genua, wie sehr sich dank der Ungeschicklichkeit Barthous die Lage für die Deutschen in Genua verändert habe. Nach dem Vertrag von Rapallo habe man sie herzlich aus den russischen Verhandlungen ausgeschlossen und heute seien sie die geschätztesten und beschäftigtesten Vermittler in der russischen Frage; sie seien sozialistisch und beiderseitiger Doyen Georges an Tischgesprächen geworden und spielten die wichtigste Rolle hinter den Kulissen — Der Mann überreißt natürlich, weil er sich ärgert.

Franzosen und Engländer.

Die französische Regierung verkündet amtlich, sie sei fest entschlossen, ihre Solidarität mit Belgien aufrechtzuerhalten. Die Vorwürfe, die ein Teil der englischen Presse deshalb erhebt, seien wirklich übertrieben. Die Entente zwischen zwei Ländern habe niemals die Unterordnung des einen unter den anderen bedeutet, und Frankreich habe, indem es sich nach Genua begab, nicht beabsichtigt, seine Handlungsfreiheit aufzugeben. Man sei übrigens der Ansicht, daß die demnächstige Reise König Georges zum Besuch der britischen und der französischen Soldatenfriedhöfe Gelegenheit bieten werde, die beiden Länder an die gemeinsamen Opfer zu erinnern, die sie miteinander verbunden. — Demgegenüber soll ein englisches Parlamentsmitglied betont haben, man solle sich in Frankreich keine Täuschung hingeben. Mit Ausnahme einiger „Schreibhülse“ habe Lloyd George alle lebenden Kräfte seines Landes hinter sich. Die englische Politik werde stets dieselbe bleiben: Handel zu treiben oder unterzugehen!

Die Wünsche des Papstes.

In einem Briefe des Papstes über die Verhandlungen mit den Russen wird der Wunsch geäußert, daß in das Abkommen, das zwischen den in Genua vertretenen Staaten abgeschlossen werden wird, folgende drei Klauseln aufgenommen werden: 1. volle Gewissensfreiheit für russische Bürger oder Ausländer soll von Rußland zugesichert werden. 2. Ferner soll die private und die öffentliche Ausübung der Religion und des Kultus zugesichert werden. 3. Die Immobilien, die irgendwelchen religiösen Gemeinschaften gehören haben oder noch gehören, werden ihnen zurückgelassen oder sollen ihnen verbleiben. Wahrscheinlich wird der Vatikan nicht auf der Beibehaltung des Punktes 3 bestehen.

Politische Rundschau Deutsches Reich.

Ein Jahr Kabinett Wirth.

Am 10. Mai vorigen Jahres übernahm der damalige Reichskanzler Dr. Wirth in den kritischen Tagen der Unterzeichnung des Londoner Ultimatum das Amt des Reichskanzlers. Aus Anlaß der einjährigen Bestehens seiner Regierung, die inzwischen verschiedene Änderungen erfahren hat, gedenken die der Regierung nahe stehenden Blätter der krisenreichen Zeit, die der Kanzler zu überstehen hatte und würdigen das Programm der „Erfüllungspolitik“, welches er seitdem vertreten und gegen viele Angriffe verteidigt hat. Seit der Revolution hat noch kein Kanzler dieses Amt so lange wie Dr. Wirth innegehabt.

Die oberflächlichen Aufstandsschäden.

Die Interalliierte Kommission in Oberschlesien fordert bekanntlich die Bezahlung der polnischen Aufstandsschäden aus örtlichen Einnahmen. Daraufhin hat die deutsche Regierung den Kabinetten in London, Rom und Paris eine neue Note zugehen lassen, in der erklärt wird, daß diese Forderung gegen den Versailler Vertrag verstößt, der nur oberflächliche Schäden für die Besatzungs- und Verwaltungskosten vorsieht. Schon diese Überstößen die örtlichen Einnahmen bei weitem. Die deutsche Regierung müßte also außer diesem Fehlbetrage auch noch die sich auf mehrere Milliarden belaufende Aufwandschädensumme aufbringen.